



## Aktuelle Anmerkungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise in Entwicklungs- und Schwellenländern

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank warnen vor einer humanitären Katastrophe. Die weltweite Wirtschaftskrise wird in den Entwicklungsländern mindestens 90 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut treiben. In 94 von 116 Entwicklungs- und Schwellenländern ist das Wirtschaftswachstum teilweise dramatisch eingebrochen. Wie sich die Wirtschaftskrise auf diese Länder auswirkt wollen wir an ausgewählten Berichten der Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung aufzeigen.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer werden im laufenden Jahr eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1,6 Prozent erzielen. Grund für den immer noch positiven Wert ist, dass China und Indien in der Statistik zur „Dritten Welt“ gezählt werden. Wegen des starken Bevölkerungswachstums in den beiden Ländern, ist das prognostizierte Wirtschaftswachstum von vier bis sechs Prozent jedoch zu niedrig, um in nennenswerter Zahl Menschen von der absoluten Armut zu befreien. Gleiches gilt für viele Entwicklungsländer, insbesondere in Asien und Afrika.

Die Situationsberichte der Auslandsmitarbeiter zeigen, dass die durchschnittliche Wachstumsrate die Realität nicht wirklich abbildet. In vielen Entwicklungsländern geht es nicht um zu niedrige Wachstumsraten, sondern um einen massiven Verlust an Wirtschaftsleistung. Der Einbruch des Marktpreises für Rohstoffe, die Kapitalflucht ausländischer Investoren, die Verknappung von Kapital auf Grund von gigantischen Konjunkturpaketen in den Industriestaaten und rückläufige Überweisungen von Arbeitsimmigranten an ihre Familien zu Hause sind nur einige der Schwierigkeiten, mit denen die Entwicklungsländer zu kämpfen haben. Die Weltbank geht davon aus, dass nur ein Viertel der stark verwundbaren Länder in der Lage sei, durch soziale Sicherung oder Arbeitsbeschaffungsprogramme die Folgen des Abschwungs zu dämpfen und ein Anschwellen der Armut zu verhindern. Die Erreichung der Millenniumsziele gerät zunehmend in große Gefahr.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Asien	3
China	3
Südostasien	6
Indonesien	6
Philippinen	7
Vietnam	8
Südasien	8
Indien	8
Zentralasien	10
Kirgisistan	10
Kasachstan	10
Tadschikistan	11
Afrika	11
Kenia	11
Tansania	12
Demokratische Republik Kongo	12
Westafrikanische Länder	13
Lateinamerika	14
Chile	15
Kolumbien	16
Venezuela	16
Kuba	16
Europäische Aspekte	
Ungarn	17
Die europäische Entwicklungspolitik im Zeichen der Wirtschaftskrise	18

## Asien

### China

In der chinesischen Presse und den offiziellen Verlautbarungen werden fast durchgängig folgende Aussagen hinsichtlich der globalen Krise getroffen: 1.) China hat den Tiefpunkt schon überwunden, 2.) die chinesische Wirtschaft ist auf dem Weg der Erholung, 3.) das angestrebte Wachstumsziel von 8% kann erreicht werden, 4.) China verfügt über genug Reserven, um die eigene Wirtschaft zu stabilisieren und darüber hinaus einen Beitrag zur Revitalisierung der Weltwirtschaft leisten zu können. Diese Verlautbarungen dienen primär dazu, der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln und zu verdeutlichen, dass die von der Regierung ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Wirkung zeigen. Es stellt sich die Frage, ob das allgemein positive Stimmungsbild der realen Situation entspricht.

Als exportorientiertes Land ist China stark von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise betroffen. In Folge zahlreicher Betriebsschließungen kam es zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem die an der Ostküste und im südchinesischen Perlfussdelta arbeitenden ländlichen Wanderarbeiter waren unmittelbar betroffen. Bis Mitte März konnten 23 Mio. der meist informell und kurzfristig Beschäftigten keine Arbeit finden. Zudem wird erwartet, dass bis Ende 2009 bis zu 5 Mio. Hochschulabsolventen ohne Anstellung bleiben werden. Die registrierte städtische Arbeitslosenrate (Nationales Statistikamt 4,3%, CASS 9,3%) ist ebenfalls gestiegen. Unter Normalbedingungen ist eine Wachstumsrate von 8% erforderlich, um den jährlichen Arbeitsplatzverlust auf Grund Rationalisierung aufzufangen und Arbeitsplätze in einem Maße zu schaffen, indem soziale Stabilität garantiert werden kann.

Die Auswirkungen der Krise werden durch folgende Faktoren verstärkt: Bereits vor der Exportkrise kam es zu einem Einbruch im arbeits- und wachstumsintensiven Immobiliensektor. Negativ wirkt sich auch die Dürre aus, die zu Beginn des Jahres im Norden Chinas zu massiven Ernteverlusten führte.

Die chinesische Regierung reagierte, neben steuerlichen Maßnahmen im Exportbereich und Subventionsprogrammen im Agrarsektor, mit einem Konjunkturpaket von ca. 440 Mrd. Euro. Die Finanzmittel sollen in folgenden Bereichen Verwendung finden: Bildung und Gesundheitswesen (16 Mrd.), Wohnraumförderung für Geringverdiener (44 Mrd.), ländliche Infrastruktur (41 Mrd.), Ausbau des Transport- und Energienetzes (165 Mrd.), Umweltschutz (23 Mrd.), technologische Innovation (41 Mrd.), Wiederaufbau in Katastrophengebieten (110 Mrd.).

Eines der vorrangigen Ziele ist die Belebung des arbeitsintensiven Immobilien- und Bausektors. Experten zweifeln jedoch an der Nachhaltigkeit des durch das Konjunkturpaket angeregten Wachstums, da kapitalintensive Infrastrukturprojekte weniger langfristige Arbeitsplätze generieren als kleine und mittelständige Unternehmen. Vor allem aber soll durch eine nachhaltige Förderung des Binnenmarktes die Exportabhängigkeit abgebaut werden. Ein Problem stellt hierbei die noch geringe Kaufkraft und hohe Sparquote in breiten Teilen der Bevölkerung dar – vor allem in ländlichen Regionen.

Chinesische Ökonomen, Politiker und Journalisten interpretieren die Krise auch als Chance, um seit langem geforderte wirtschaftliche und soziale Umstrukturierungen voranzutreiben. So wird der angestrebte ökonomische Richtungswechsel von der arbeitsintensiven Exportindustrie auf Hochtechnologie und Innovation von einem Paket notwendiger sozialpolitischer Maßnahmen flankiert.

Die chinesischen Entscheidungsträger verfügen über ein weitaus breiteres Spektrum an Interventionsmöglichkeiten zur Beeinflussung der Märkte als Politiker in westlichen Ländern und können zudem die Maßnahmenpakete schneller umsetzen. Außerdem weist China eine sehr geringe öffentliche Verschuldung aus und ist aufgrund seiner finanziellen Ressourcen in der

Lage, die erforderlichen Schritte in verschiedenen Bereichen zu vollziehen. Selbst wenn die durch das Konjunkturpaket erzielte Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückbleiben sollten, bestünde die Möglichkeit, weitere Programme aufzulegen.

Im Vergleich mit vielen anderen Ländern hat China alle notwendigen Voraussetzungen, um die Krise zu meistern. Chinas Herausforderung liegt in der Lösung systemimmanenter struktureller Probleme.

Ulla Bekel  
Peking

### Situation der Betriebe

Viele chinesische Betriebe verzeichnen einen Auftragsrückgang zwischen 30% - 60%. Dieser ist insbesondere im exportlastigen Konsumgüterbereich zu spüren, z. B. Elektrogeräte ca. -35%, Textilbereich ca. -40%, Reproduktionen von Ölgemälden ca. - 95%. Gewinne sind meist eingebrochen. Ein Großteil der Betriebe schreibt bereits rote Zahlen, Löhne und Gehälter wurden gekürzt. Mitarbeiter vieler Fabriken mußten bis auf weiteres unbezahlten Urlaub nehmen. Entlassungen sind keine Seltenheit mehr.

### Kooperierende Betriebe im Umfeld von HSS-Aktivitäten

#### Dieselmotorenwerk Weifang

Im Spätherbst 2008 wurde die Produktion eingestellt. Auf Grund staatl. Stützungsprogramme ist seit zwei Monaten zumindest Kurzarbeit wieder möglich. Derzeit werden keine Prämien mehr gezahlt, dadurch erhalten Mitarbeiter ca. 30% weniger Einkommen. Dies bedeutet z. B. für einige Lehrer von Berufsbildungszentren, dass diese nach Bedienung der Darlehen für ihre Eigentumswohnung monatlich nur noch ca. 400 Yuan<sup>1</sup> für das tägliche Leben zur Verfügung haben.

#### Dongfeng Motor Co.

Auch hier wurde die Produktion heruntergefahren. Es kam zu Lohnkürzungen. Derzeit sind keine Schüler in der betrieblichen Ausbildung (mangels Aufträgen). Die Situation hat sich durch staatliche Konjunkturprogramme in den letzten Wochen allerdings etwas verbessert.

#### Dorf Nanzhanglou

Die kleinen bzw. mittelständischen Kunststoffrecyclingbetriebe haben bereits 2008 Verluste erwirtschaftet. Die Lage heute ist tendenziell noch schlechter.

Viele der in den letzten Jahren in Südkorea aktiven Gastarbeiter aus dem Dorf verdienen in Korea nur noch ca. die Hälfte, ein großer Teil wurde entlassen. Sie sind zurückgekehrt und müssen sich nun in der hiesigen Region eine neue Arbeitsstelle suchen.

### Wanderarbeiter

Bis jetzt haben ca. 28 Mio. Wanderarbeiter (geschätzt, da offiziell kaum erfasst) ihre Arbeitsplätze in den boomenden Regionen Süd- und Ostchinas verloren. Sie waren meistens als Hilfskräfte auf dem Bau, Billigdienstleister oder als Fließbandarbeiter eingesetzt. Manche von ihnen haben noch Löhne ausstehen. Die meisten davon sind in ihre armen Stammprovinzen in Zentral- und Westchina zurückgekehrt, welche sie seinerzeit aufgrund der dortigen schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen verlassen haben. In der Provinz Guizhou beispielsweise sind von den 30 Mio. Einwohnern ca. 6,5 Mio. Wanderarbeiter. Von diesen 6,5 Mio. Personen sind zwischenzeitlich 2,5 Mio. wieder nach Guizhou zurückgekehrt. Oft müssen sich die

---

<sup>1</sup> Wechselkurs am 05.05.2009: 1 Euro (EUR) = 9.06913 Chinesischer Renminbi Yuan (CNY)

zurückkehrenden Wanderarbeiter mit einer schwierigen Umwelt arrangieren. Karge Böden, kleine Anbauflächen, schwieriges Klima, kaum verarbeitende Industrie und eine geringe Anzahl mittelständischer Betriebe sind Faktoren, die die Wiedereingliederung der Wanderarbeiter in ihre Heimatstätte extrem komplizieren. Wegen aufflackernden Unruhen und einer ansteigenden Kriminalitätsrate, sind die Touristenzahlen rückläufig.

Meist verfügen die Wanderarbeiter über keine qualifizierte berufliche Ausbildung. Eine soziale Absicherung ist allenfalls rudimentär vorhanden. Unruhen sind daher evtl. möglich.

#### Abgänger von Schulen und Hochschulen.

Diesen Frñhsommer schließen ca. 6,5 Mio. Studenten ihre Hochschulausbildung ab. Da derzeit zusätzlich ca. 1,5 Mio. Abgänger des letzten Jahres noch keine adäquate Arbeitsstelle haben, werden demnächst Arbeitsplätze für ca. 8 Mio. Hochschulabsolventen benötigt.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Entwicklung sind vor allem die praxisferne Ausbildung, und mangelhafte Schlüsselqualifikationen Gründe für die Zurückhaltung der Unternehmen. Bedingt durch diese Misere sind bereits die Anfangsgehälter stark zurückgegangen, z.B. in Großstädten von Shandong beträgt das Anfangsgehalt für Bachelor-Absolventen um 1200 Yuan monatlich, für Master-Absolventen um 1700 Yuan.

Für die ca. 6 Mio. Absolventen von beruflichen Schulen sieht es etwas günstiger aus, v.a. für qualifizierte technische Berufe, da in diesem Bereich weiterhin offene Stellen angeboten werden.

Bedingt durch o. g. Situation kommt es zu einem starken Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt, bis hin zu extremen Auswirkungen, z. B. Bewerbungen von ungelernten Wanderarbeitern und Jungakademikern um die gleichen Stellen.

Seitens der Regierung wird versucht gegenzusteuern, z. B. durch vorübergehende Anstellung von (berufsfremden) Jungakademikern als Grundschullehrer in abgelegenen Armutsgebieten Westchinas. Außerdem dürfen die Staatsbetriebe keine Akademiker entlassen.

Vergleichsweise günstig sieht es für praxisnah ausgebildete Absolventen (Facharbeiter, BA-Ing.) unserer Projekte aus. Hier besteht weiterhin Nachfrage seitens chinesischer Betriebe ebenso wie deutscher Jointventures.

#### Verbrauchs- und Investitionsgüter

Seitens der Regierung wird versucht durch Konjunkturprogramme den Absatz anzukurbeln, z. B. halber Mehrwertsteuersatz auf Autos unter 1,6L Hubraum. Damit werden hauptsächlich chinesische Hersteller gefördert. Zuschüsse erhält auch die ländliche Bevölkerung auf z.B. kleine Fahrzeuge, Haushaltsgeräte wie Kühlschränke und Waschmaschinen (wobei viele Haushalte in ärmeren Regionen dies sich auch mit Zuschuss nicht leisten können). Zur Ankurbelung der Solarstromindustrie wurde eine Prämie von 2,7 Yuan pro Watt installierter Leistung geschaffen.

#### Immobilien

Bereits jetzt sind die Immobilienpreise in vielen Städten um 20% - 30% gefallen. Als Grund hierfür kann u.a. angeführt werden: Eine hohe Leerstandsquoten, Schrumpfung der als Startkapital vorgesehenen Aktiendepots durch starke Kursrückgänge, Arbeitslosigkeit, unsicher Zukunftsprognosen. Verkäufe neuer Wohnungen werden teilweise durch staatliche Baukostenzuschüsse gefördert.

Albrecht Flor  
Weifang

## Südostasien

### Indonesien

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nun auch in Indonesien spürbar. Während die Bankenkrise kaum Einfluss auf den indonesischen Finanzsektor hatte - die bitteren Erfahrungen der Asienkrise Ende der 90er Jahre führten zu einer strikten Regulierung des Finanzsektors- trifft die einsetzende globale Wirtschaftskrise das exportabhängige Land hart.

Laut des indonesischen Amtes für Statistik (*Badan Pusat Statistik*) gingen die Exporte im Januar 2009 gegenüber dem Vormonat um 18% zurück. Dies ist ein Rückgang von 36% im Vergleich zum Vorjahr. Der Grund für diese Entwicklung liegt in den gefallen Rohstoffpreisen für Kautschuk, Gas und Öl, sowie dem globalen Nachfrageeinbruch im internationalen Handel besonders mit Japan, der USA und China. Die gesunkene ausländische Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten ist ein Indikator für eine abnehmende Wirtschaftsleistung im Industriesektor und dürfte einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Indonesien nach sich ziehen. Aktuelle Zahlen dazu liegen aufgrund unzureichender Erfassung leider nicht vor. Es ist allerdings mit einer Größenordnung von mehreren hunderttausend Arbeitslosen vor allem aus dem produzierenden Gewerbe zu rechnen, die dann in den informellen Sektor abwandern müssen. Der IWF geht derzeit von einem Wachstum der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 von 1% bis 2% aus. Dies steht im Widerspruch zu den Prognosen der nationalen Entwicklungsbehörde (BAPENAS) und dem Wirtschaftsministerium, die mit einem Wirtschaftswachstum von bis zu 4% rechnen. Die Erreichung dieses Zieles hängt von der Größe der Binnennachfrage und dem geplanten Konjunkturpaket ab. Es ist allerdings fraglich, ob es den Exportrückgang und die damit verbundene Arbeitslosigkeit absorbieren kann. Nach Ansicht von Experten müsste das Wirtschaftswachstum einen Sollwert von ca. 6%-7% erreichen, um den Status Quo auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jedes Jahr ca. 2 Millionen Erwerbsfähige neu auf den Arbeitsmarkt drängen.

Das 73 Trillionen IDR (indonesische Rupiah, ca.6 Mrd. US\$) umfassende Programm beinhaltet Steuersenkungen für private Haushalte und Firmen (43 Trillionen IDR), zusätzliche Infrastrukturprojekte (10,2 Trillionen IDR) und Senkung von Importzöllen auf Rohstoffe und Kapitalgüter in 14 Sektoren der Volkswirtschaft. Es soll dazu beitragen, die Kaufkraft der Bürger zu erhöhen, um die Exporteinbußen durch gesteigerte Inlandsnachfrage zu kompensieren. Die Bereitstellung der Mittel für das Konjunkturpaket verzögert sich jedoch, da der Präsidentschaftswahlkampf und die gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen das politische Tagesgeschäft lähmen. Das Wirtschaftsklima wird auch durch Spekulationen um die Wahl des neuen Präsidenten und seinen Stellvertreter geschürt. So gelten der favorisierte, jetzige Amtsinhaber Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) sowie auch sein Vertreter Yusuf Kalla als wirtschaftsfreundlich mit großen Kompetenzen in diesem Bereich. Sehr überzeugend ist auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der zuständigen Ministerin Sri Mulyani, die es weiterzuführen gilt. Eine stärkere Einbeziehung der islamischen Parteien in die Regierungsführung wird dagegen von Wirtschaftskreisen als investitionshemmend angesehen, da diesen Parteien nur geringe Kompetenz im Bereich Finanz- und Wirtschaftspolitik zugeordnet wird.

Unternehmer kritisieren vor allem die aktuelle Geldpolitik der Privatbanken. So senkte die indonesische Zentralbank (Bank Indonesia=BI) den Leitzins auf 7,5% mit dem Ziel die Konjunktur durch Investitionen anzukurbeln. Diese Maßnahme wird jedoch kaum von den Geschäftsbanken weitergegeben und die Zinsen für Unternehmenskredite bleiben weiterhin auf einem hohen Niveau in einem Bereich von 14% bis 15%. Dadurch erhöhen sich die Investitions- und Refinanzierungskosten der Unternehmen erheblich und verhindern eine rasche Belebung der inländischen Wirtschaftsleistung.

Die Währungsschwankungen der indonesischen Rupiah (IDR) sind nach wie vor hoch. Die Währung verlor zwischen Oktober 2008 und März 2009 23% ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar. Die Talfahrt der indonesischen Währung konnte im April jedoch gestoppt werden. Gegenwärtig stabilisiert sich der Wechselkurs auf 10.700 IDR pro US-Dollar. Der Grund dafür ist vor allem die gegenwärtig stabile Stimmung an den Aktienmärkten, die darauf hindeutet, dass die Talsohle der Wirtschaftskrise bereits durchschritten ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der indonesischen Börse nur relativ wenig Bedeutung zugemessen wird. Der Grund der Rupiahschwäche war lange Zeit die globale Zurückhaltung beim Handel mit der asiatischen Währung. Außerdem hielten sich Investoren aufgrund der anstehenden Parlamentswahlen zurück. Durch den Sieg des nationalen Lagers wird das Vertrauen in den Finanzplatz Indonesien jedoch gestärkt.

Dr. Ulrich Klingshirn  
Nach einer Vorlage von Lars Weddeler  
Jakarta

## **Philippinen**

Von der Finanzkrise, die im vergangenen Jahr das US-amerikanische und europäische Finanzsystem erschütterte, sind die philippinischen Geldinstitute weitgehend verschont geblieben. Hauptgründe hierfür sind das relativ geringfügige Engagement philippinischer Banken im internationalen Anlagengeschäft und die strengen gesetzlichen Regelungen, denen diese Einrichtungen als Folge der asiatischen Finanzkrise 1997/98 unterliegen. Betroffen waren aber der philippinische Aktienmarkt und der Kurs des Philippinischen Peso, die beide in einen deutlichen Abwärtstrend gerieten, von dem der Peso sich inzwischen erholen konnte. Der Aktienmarkt ist weiterhin von den gleichen Schwankungen betroffen wie dies in anderen Ländern der Fall ist.

Ebenso wie die Finanzkrise, hat sich auch die anschließend einsetzende globale Wirtschaftskrise auf den Philippinen bisher nur in Einzelbereichen ausgewirkt. So sind zwar tausende Arbeitskräfte bereits beschäftigungslos aus dem Ausland zurückgekehrt, aber gleichzeitig verlassen – nach offiziellen Angaben - täglich mehr als 4.000 Arbeitsmigranten das Land. Die Überweisungen der im Ausland tätigen Philippiner sind im Januar und Februar 2009 - nach Jahren deutlicher Aufwärtsentwicklung - nur geringfügig gegenüber der entsprechenden Zahl des Vorjahres gestiegen (plus 2,5 %). Letzteres könnte die Philippinen nicht nur volkswirtschaftlich treffen, sondern auch direkte soziale Auswirkungen nach sich ziehen. Denn viele Familien hängen in ihrem Lebensunterhalt weitgehend von diesen Überweisungen ab.

Wegen Schließung von Betrieben oder Reduzierung der Zahl von Arbeitskräften ist die offizielle Arbeitslosenquote von 7,4 auf 7,7 Prozent gestiegen, dies allerdings ohne die große Zahl von Unterbeschäftigten und Menschen ohne bisherige Beschäftigung zu berücksichtigen, die von keiner Statistik erfasst werden. Und die diesjährigen Absolventen der Bildungseinrichtungen drängen erst in den nächsten Wochen auf den Arbeitsmarkt.

Besorgniserregend sind die Wirtschaftsprognosen und der Rückgang der Exporte (Januar 2009: minus 41%). Für 2009 geht man allgemein nur noch von einem Wachstum um 2 Prozent (WB) aus (der IWF prognostiziert Stagnation), womit es unter der jährlichen Geburtenrate von 2,3 Prozent läge. Internationale Beobachter rechnen auch damit, dass die Auswirkungen der Krise sich mit einer zeitlichen Verzögerung und damit erst ab Mitte des Jahres deutlicher bemerkbar machen werden. Das volle Ausmaß wird gar erst für 2010 erwartet.

Die Regierung versucht diesen Entwicklungen mit Umschulungsmaßnahmen und „Jobbörsen“ sowie einem staatlichen Investitionsprogramm vor allem im Infrastrukturbereich entgegenzusteuern und ist dabei auch bereit, ein höheres Budgetdefizit in Kauf zu nehmen; so macht das für die Monate Januar bis März 2009 angefallene Defizit fast zwei Drittel der für das Gesamtjahr geplanten Zahl aus.

Paul G. Schäfer  
Manila

## **Vietnam**

Das in den vergangenen Jahren wirtschaftlich boomende Vietnam spürte bereits ab Mitte 2008 eine gewisse Überhitzung seiner Wirtschaft. Die hohen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) führten zu vielen Spekulationsgeschäften, die Preise und nicht zuletzt die Inflationsrate stiegen dramatisch an. Galt es da, die überhitzte Wirtschaft zu kühlen, so heißt es jetzt, sich gegen rezessive Entwicklungen, verursacht durch die globale Finanzkrise, zu stemmen. Ziel der Regierung ist es, bis zum Parteikongress im Mai einen soliden Wirtschaftsplan für Vietnam präsentieren zu können.

Vietnam steht derzeit im Vergleich zu anderen südost-asiatischen Ländern aber noch recht gut da. Der Rückgang der FDI lässt eine gewisse Gesundung des Marktes erkennen. Verluste z.B. in der Baubranche konnten durch ein momentan noch zufrieden stellendes Niveau der Exporte, die sich zwar auch minderten, kompensiert werden. Preise sinken und die Inflation ist deutlich zurückgegangen. Sicher kann Vietnam der globalen Rezession nicht gänzlich entkommen. So ging im Januar im Jahresvergleich die industrielle Produktion um 4,4 % zurück, auch die Touristenzahlen sanken um etwa 11 %. Die gewohnten BIP-Wachstumsraten um 7 bis 8 % der letzten Jahre wird Vietnam aber sicher nicht erreichen. Vorsichtige Schätzungen sehen für Vietnam ein Wachstum von immerhin noch 6 % vor, eine sicherlich vorzeigbare Prognose vor dem Hintergrund der augenblicklichen Entwicklungen in der Region und darüber hinaus.

Karl Peter Schöfnisch  
Singapur

## **Südasien**

### **Indien**

Die indische Wirtschaft befindet sich derzeit noch nicht in einer Rezession. Sehr wohl ist jedoch ein sinkendes Wachstum zu beobachten. Von diesem Abschwung ist besonders die Serviceindustrie mit internationaler Ausrichtung betroffen, wie z.B. der Tourismus. Auch auf dem Markt des privat orientierten Hochbaus in Ballungsgebieten gibt es einen Bremseffekt. Die Zementindustrie boomt aber weiter. Dies ist auf die weiterhin hohe landesweite Nachfrage (Stadt und Land) zurückzuführen. Positives Wachstum verzeichnet ebenfalls die Telekommunikationsindustrie. Der Luxus-KfZ-Markt boomt ebenso wie der Motorradsektor.

Indien ist kein Exportland, sondern importiert entweder (Luxusautos) oder produziert für den riesigen Inlandsmarkt (Motorräder und Fahrräder).

Eine echte Bankenkrise gab es nicht. Dies liegt darin begründet, dass die meisten großen Banken noch verstaatlicht sind und keine Möglichkeit hatten, am weltweiten „Risikospiele“ teilzunehmen.

Metropolen und Großstädte (bis eine Million Einwohner) sind stärker vom „Abschwung“ bedroht, als kleinere Städte. Die über 650 000 Dörfer sind noch nicht spürbar von der Wirtschafts- und Finanzkrise heimgesucht. Hier liegt die Pufferzone Indiens. Zwar gibt es bereits Anzeichen dafür, dass Familienmitglieder, die Arbeit in städtischen Industriezentren gefunden hatten, im Einzelfall arbeitslos wurden und wieder zurückkehren, die Großfamilie im Dorf bildet aber die soziale Absicherung für diese Rückkehrer.

Die indische Regierung hat im Oktober 2008, Dezember 2008 und Februar 2009 insgesamt drei ökonomische Stimulus-Pakete verabschiedet. Diese finanziellen Pakete waren Teil der Regierungsstrategie, die darauf abzielte, die Liquidität zu erhöhen, den Leitzinssatz zu senken, die Inflation einzudämmen, die Nachfrage zu stärken, die Sorgen der Industrie zu besänftigen und die Arbeitslosigkeit zu senken.

Im Rahmen dieser Pakete arbeitete die Regierung mit der indischen Zentralbank zusammen. Der Leitzinssatz wurde gesenkt. Die Zinssenkung wurde jedoch noch nicht in ausreichender Form von den Banken an die Kunden weitergegeben. Ein Zeichen dafür, dass es zu den alten, schlechteren Konditionen weiterhin eine hohe Nachfrage gibt. Gleichzeitig erhöhte die Regierung bestimmte Ausfuhrsteuern, um billige Importe zu stoppen.

Im Februar hat „Standard und Poor's“ ihre Prognose für das indische staatlich verbürgte Wertpapierguthaben leicht nach unten korrigiert. Auch andere Agenturen, unter anderem „Moody's and Fitch“, haben auf eine mögliche Verschlechterung von staatliche verbürgten Wertpapiereinstufungen hingewiesen.

Mit einer Wachstumsrate von 5,3 Prozent in diesem Quartal scheint es, als ob das indische BIP keinen erheblichen Einbruch erleidet. Das angestrebte Wachstum von 7-9% der letzten Jahre wird aber nicht zu halten sein. Diese Ansicht teilt auch der indische Nobelpreisträger Amartya Sen. Sen gab weiterhin an, dass er keine finale Antwort auf die Frage bereitstellen kann, wie stark die globale Finanzkrise Indien beeinträchtigen wird.

Indien ist sicherlich eines der wenigen Schwellenländer, das nicht schwerwiegend von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist und betroffen sein wird. Zu groß ist der Inlandsmarkt, zu gering ist der Exportanteil am BIP und zu gering ist die Quote der Privatbanken. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist deshalb auch kein herausragendes Wahlkampfthema der derzeit stattfindenden landesweiten Parlamentswahlen. Trinkwasser für ca. 650 000 Dörfer und der landesweite Ausbau von Straßen und der Eisenbahn als Massenbeförderungsmittel sind hier die Themen.

Dr. Volker Bauer  
Neu Dehli

## Zentralasien

### Kirgisistan

In einem Treffen mit dem Vizepräsidenten der *Asian Development Bank (ADB)* am 18. März 2009 wurde mitgeteilt, dass das kirgisische Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 um 1,1% geschrumpft ist. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 lag die Inflationsrate bei 0,8%, die Arbeitslosenrate bei 5,7%. Der kirgisische Staatshaushalt für 2009 wird 130 Millionen USD weniger betragen, als zuvor geplant. Als Reaktion darauf sind schon jetzt die Ausgaben von Ministerien und Behörden um 20-25% gekürzt worden.

Nach Angaben der *kirgisischen Nationalbank* wird in 2009 von den 350.000 kirgisischen Gastarbeitern weniger Geld in ihr Heimatland transferiert werden. Die letzten Jahre machte der Transferbetrag jeweils etwa 35% der BIP aus (2008: 1,2 Milliarden USD). Laut letzten Prognosen wird diese Rate in 2009 nur 9,5% des BIP ausmachen. Verantwortlich für diese Entwicklung ist vor allem das sich verknappende Arbeitsangebot in Russland und Kasachstan. Die Rückkehrquote der Gastarbeiter hat sich dadurch im Vergleich zum Vorjahr heute auf das Zehnfache erhöht.

Nachdem die *kirgisischen Banken und Finanzinstitute* kaum in die westlichen Systeme integriert waren, hat sie die Finanzkrise wenig betroffen. Am meisten macht Kirgisistan zu schaffen, dass die *Gastarbeiterüberweisungen* abnehmen und auch das *Nachbarland Kasachstan* aufgrund der dortigen anhaltenden Krise seine Investitionstätigkeit in Kirgisistan eingestellt hat, insbesondere im Bereich des Industrie-, Tourismus- und Immobiliensektors.

### Kasachstan

Nach Angaben der *kasachischen Nationalbank* sind ihre internationalen Währungsreserven von Januar bis April 2009 um 4,94% auf 18,8 Milliarden USD gesunken. Laut dem *Statistischen Komitee Kasachstans* betrug das kasachische Außenhandelsvolumen im Januar 2009 4,4 Milliarden USD, ein Rückgang zum vorherigen Jahr um 41,6 Prozent. Im Februar 2009 betrug die offizielle Arbeitslosenrate 598.500 (7,1%). Die Industrieproduktion sank in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 um 3,2%.

Die offiziellen Prognosen des *Statistischen Komitee Kasachstans* für 2009 lauten wie folgt: Jährliche Inflationsrate 11%; das Staatshaushaltseinkommen wird um 20% schrumpfen und die Staatshaushaltsausgaben werden etwa konstant bleiben. Der Erdölpreis für 2009 wird durchschnittlich mit 40 USD pro Barrel erwartet.

Angesichts der oben dargestellten schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung hat die kasachische Regierung ein Programm zur Stabilisierung der einheimischen Wirtschaft beschlossen. Die Umsetzung dieses Anti-Krisenprogramms obliegt dem *„Fond für den Nationalen Wohlstand“ (Samruk-Kazyna)*. Dabei wurden alleine zur Unterstützung des Finanzsektors 4 Milliarden USD zur Verfügung gestellt. In einem ersten Schritt kaufte der kasachische Staat Aktienkontrollpakete von vier Banken auf: *BTA Bank* (78 %), *Halyk Bank* (25%), *Allianz Bank* (76%) und *Kazkommerzbank* (25%). Für die Unterstützung der Agro-Industrie wird aus dem Haushalt des Antikrisenprogramms 1 Milliarde USD zur Verfügung gestellt, wobei es sich dabei vor allem um verbilligte Kredite handelt. Und schließlich soll mit 15 Milliarden USD der angeschlagene Bausektor wieder belebt werden.

Die schnelle Integration Kasachstans in die internationalen Märkte und den internationalen Finanzsektor – einhergehend mit einer beachtlichen Liberalisierung der Binnenwirtschaft – galt bisher immer als eine Errungenschaft, die in Zentralasien nur in diesem Land zu finden war. Aber leider führte die enge Verbindung des kasachischen Finanzsektors auch zu dem Ergebnis, dass das Land gerade hier von der weltweiten Krise stark betroffen war. Außerdem führen fallende Öl-

und Rohstoffpreise auch zu starken Einbußen im kasachischen Staatshaushalt, die kurzfristig nur schwer ausgeglichen werden können und vorhandene Reserven schnell aufbrauchen.

## **Tadschikistan**

Der *IMF* hat am 18. Februar 2009 zugesagt, Tadschikistan innerhalb von drei Jahren 120 Millionen USD Kredit im Rahmen des Programms zur Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung zur Verfügung zu stellen, um dem Land während der Weltwirtschaftskrise beizustehen. Tadschikistan bereitet sich wegen schrumpfender Exporte und stark abnehmender Gastarbeiterüberweisungen auf ein schwieriges Jahr 2009 vor. Es wird erwartet, dass die jährlichen Exporte in 2009 mindestens um 7% abnehmen werden. Verantwortlich hierfür sind vor allem der gesunkene Aluminiumexport und die gefallenen Baumwollpreise. Die Transferzahlungen der 650.000 im Ausland arbeitenden Tadschiken (93% in Russland) machten bis Herbst 2008 40% des BIP aus (2 Milliarden USD). Ab September 2008 nahmen diese dann um 50 bis 60 Prozent ab. Als Folge dieser Entwicklung wird ein Schrumpfen der tadschikischen Wirtschaft in 2009 um mindestens 3% erwartet. Die jährliche Inflationsrate soll im gleichen Zeitraum bei 13% gehalten werden. Neben den zurückkehrenden Gastarbeitern kommt es auch zu einer gleichzeitigen Verengung des einheimischen Arbeitsmarktes (im Februar 2009 um 5,2%).

Tadschikistan war schon bisher das *ärmste Land in Zentralasien*. Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise wird das Land aus den oben angeführten Gründen schwer treffen. Auch der bisher nicht in die internationalen Finanzmärkte integrierte *tadschikische Bankensektor* ist betroffen, da die Höhe seines Umsatzes größtenteils von der Entwicklung der Gastarbeiterüberweisungen abhängt.

Dr. Max Georg Meier  
Bischkek

## **Afrika**

### **Kenia**

In die so genannten „toxic assets“ haben die kenianischen Banken nicht investiert. Insofern kann ein Domino-Effekt im Finanzsektor und eine daraus resultierende Bankenpleite ausgeschlossen werden. Kenia ist jedoch indirekt von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Aufgrund der sinkenden internationalen Nachfrage gehen die Exporte im Gemüse-, Kaffee-, Tee- und Tourismussektor zurück. Dies hat naturgemäß negative Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Zudem reduzieren sich aufgrund der globalen Liquiditätsengpässe die ausländischen Direktinvestitionen (FDI). Aufgrund der dadurch zu erwartenden Steuerausfälle wird in diesem Jahr mit einem Haushaltsdefizit von rund 500 Millionen Euro gerechnet.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist anzumerken, dass der Anteil der ODA-Mittel am kenianischen Haushalt „nur“ um die 6-8% beträgt. Daher ist die Einflussnahme der Geberländer begrenzt. Um die Haushaltslöcher zu stopfen, wird in vielen Bereichen gespart werden müssen. Dies wird mit Sicherheit auch armutsrelevante Sektoren treffen. Die Erreichung der MDG's wird daher noch schwieriger.

Einige Experten halten es nicht für unwahrscheinlich, dass die Chinesen, Kenia im Bereich der Liquidität unter die Armen greifen und somit ihren Einfluss im Land und vor allem im Bankensektor stärken.

Dr. Wolf Krug  
Nairobi

## **Tansania**

Die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise haben nun auch Tansania erreicht. Tansanische Wirtschaftsexperten, die zunächst davon ausgingen, die Tansanische Wirtschaft befinde sich auf einem derart niedrigen Niveau, dass die Auswirkungen der Finanzkrise spurlos vorüber zögen, solange nur die Geberländer zu ihren Zusagen stünden, sehen sich eines Besseren belehrt. Im Tourismussektor, der rund 20% des BIP des Landes ausmacht, sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. 15 % weniger Touristen fanden im zweiten Halbjahr 2008 ihren Weg nach Tansania – für 2009 wird ein Negativwachstum von weiteren 10% erwartet. Ebenso rückläufig sind die Ausfuhren im Agrar- und Rohstoffbereich. Mehrere Großprojekte ausländischer Direktinvestitionen nach Tansania wurden in den vergangenen Monaten bereits storniert.

Andererseits sind während des Besuchs des Chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao umfangreiche Hilfeleistungen und Kooperationen vereinbart worden. Der Eindruck drängt sich auf, als versuche China die angespannte weltweite Wirtschaftslage dazu zu nutzen, sein auch in Tansania nicht unkritisch gesehenes Engagement in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Die weltweite Finanzkrise bringt wenig neue Probleme für Tansania mit sich. Sie unterstreicht jedoch eindrucksvoll die strukturellen Probleme, die die Tansanische Wirtschaft insbesondere im Agrarsektor belasten. Einzig die weltweit sinkenden Rohölpreise versprechen eine Verbesserung der Inflationsrate. Ende 2008 betrug diese nahezu 14%. Nach wie vor ist es das Ziel der Regierung, die Inflation an den Zielwert von 5% heranzuführen oder wenigstens den symbolischen Wert von 10% zu unterschreiten. Aktuelle Prognosen, die für 2009 eine Inflationsrate von 7-8% und ein Wirtschaftswachstum von 8–9 % vorhersagen, erscheinen als zu optimistisch.

Daniel Seiberling  
Dar es Salaam

## **Demokratische Republik Kongo**

Die Weltwirtschaftskrise trifft die DR Kongo sehr hart. Die Rohstoffpreise sind dramatisch gesunken. Da die Republik vor allem über den Rohstoffexport Einnahmen erzielt, steht der Staat mittlerweile kurz vor dem Bankrott. Staatsbeamten ebenso wie Militärs stehen Lohnzahlungen der letzten Monate aus. Die meisten internationalen Unternehmen, die im Mienensektor tätig waren, haben mittlerweile das Land verlassen. Auch vielen chinesischen Unternehmen haben die DR Kongo wieder verlassen – ohne ihre Rechnungen für Strom, Wasser, etc. zu bezahlen. Auf diesen Rechnungen sitzen nun der Staat bzw. die Staatsunternehmen.

Negativer Nebeneffekt der Inflation ist ein rapides Sinken des Werts der kongolesischen Franc gegenüber dem US Dollar. In den letzten drei Monaten hat die kongolesische Währung 35% ihres Wertes gegenüber dem Dollar eingebüßt, was zu einem starken Anstieg der Preise für Importwaren führt. Für die Bevölkerung hat dies zur Folge, dass sich die Kosten der Grundnahrungsmittel und des Transports nahezu verdoppelt haben – bei gleichem Einkommen. Der Weltwährungsfond hat wegen der internationalen Finanzkrise 195,5 Millionen US-\$ Nothilfe für die DR Kongo freigegeben.

Der Wechselkurs des FC zum US\$ beträgt derzeit 850 FC : 1 US\$. Bisher verhält sich die Bevölkerung noch verhältnismäßig ruhig. Es wird jedoch allgemein erwartet, dass spätestens ein Wechselkurs von 1.000 FC : 1 US\$ „das Fass zum Überlaufen bringen“ würde. Ein Auflehn der Bevölkerung wird dann wahrscheinlicher, vor allem in der 10 Millionen Stadt Kinshasa.

Von erheblicher Bedeutung wird auch das Verhalten von Polizei und Militär sein. Bereits in den Jahren 1991 und 1993 war die fortgesetzte Nichtbezahlung ihrer Gehälter, gekoppelt an eine massive Inflation, die Ursache für schwere Plünderungen im ganzen Land, denen sich dann auch die Zivilbevölkerung angeschlossen hat.

Götz Heinicke  
Kinshasa

## **Westafrikanische Länder**

Die schon im Oktober vergangenen Jahres aufgetretene direkte Konsequenz der Krise war ein rasanter Preisanstieg, insbesondere für Grundnahrungsmittel in allen westafrikanischen Ländern. Die dem westafrikanischen Francs CFA angeschlossenen Länder hatten am meisten hierunter zu leiden. Verantwortlich für den unkontrollierten Preisanstieg ist die Kopplung des CFA an den Euro. Da dieser in der Vergangenheit immer stärker wurde, ist der CFA derzeit mit bis zu 50% überbewertet. Demonstrationen und Ausschreitungen in allen französischsprachigen Ländern waren die Folgen, wobei es in Senegal, Elfenbeinküste, Burkina Faso und Kamerun auch Tote zu beklagen gab.

Die Regierungen reagierten mit Senkung der Mehrwertsteuer und Subventionen auf Treibstoffe und Grundnahrungsmittel. Der zur Verfügung stehende Rahmen war jedoch schnell ausgeschöpft, da mit dem Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt die Einnahmen der westafrikanischen Länder stark abnahmen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten waren die CFA-Länder von einer Inflation zwischen 8 und 12 Prozent betroffen

Die ghanaische Regierung versuchte durch massive Subventionen die Preise stabil zu halten, gerade im Vorfeld der im Dezember 2008 erfolgten Wahlen. Die Subventionspolitik brauchte die Haushaltsreserven komplett auf, obwohl Preis ebenso wie Menge der Hauptexportprodukte Ghanas Kakao und Gold auf dem Weltmarkt stiegen.

Seit Februar fällt zudem der Wechselkurs des frei konvertierbaren Ghanaischen Cedis zum amerikanischen Dollar und Euro so stark, dass Inflationsraten von mittlerweile 25% erreicht werden. Die internationale Gebergemeinschaft versucht hier durch Kredite und Zuwendungen ausgleichend zu helfen und begründet dies mit der Notwendigkeit, die Signalwirkung, die von Ghana politisch für den Kontinent ausgeht unbedingt erhalten zu wollen.

Dennoch hat das in Europa von der Finanzkrise stark betroffene Großbritannien sämtliche Auslandsausgaben auf den Prüfstand gestellt und so z.B. die umfangreiche militärische Zusammenarbeit mit Ghana ersatzlos gestrichen. Hiervon ist auch das von den Vereinten Nationen geleitete Kofi Annan Peace Keeping Zentrum betroffen, für das Großbritannien die

kompletten laufenden Kosten übernahm. Die Bundesrepublik prüft gerade, für Großbritannien einzuspringen.

Die lokalen Banken der westafrikanischen Länder sind von der Finanzkrise weniger betroffen, da sie nicht an der weltweiten Spekulationswelle beteiligt waren. Allerdings sind die Vertretungen der großen europäischen Banken, wie Societe Generale oder Barclays über ihre Mutterhäuser in Mitleidenschaft gezogen worden.

Ein bedenklicher Effekt der Krise ist, dass die einheimischen Eliten große Teile ihrer Vermögen in Nordamerika und Europa verloren haben und nun gerade in den Ländern mit geringer Kontrolle durch die Zivilgesellschaft schamlos und auf Kosten der Bevölkerung Staatseinnahmen in die eigenen Taschen schleusen.

Da ein Ende der Inflation ebenso wie ein Ende des Preisverfalls bei Rohstoffen auf dem Weltmarkt nicht abzusehen ist, können Unruhen nicht mehr ausgeschlossen werden. Es geht die Angst um, dass im Zuge der Wirtschaftskrise Geberländer ihre Mittel kürzen. Das heizt die fragile Lage zusätzlich an.

Elmar Frank  
Accra

## Lateinamerika

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC – CEPAL) mit Sitz in Santiago de Chile vertritt die Auffassung, dass "der Zyklus des Wohlstandes", den die Region seit 2003 durchlebt, bereits 2008 "sein Ende erreicht hat". Im laufenden Jahr 2009 wird das Wirtschaftswachstum abrupt von den für dieses Jahr zunächst geschätzten durchschnittlichen 4,6 % auf 1,9 % (oder geringer) fallen. Parallel zu dem schrumpfenden Wachstum, wird mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von 7,5 % (2008) auf 7,8 bis 8,1 Prozent im laufenden Jahr 2009 zu rechnen sein.

ECLAC weist darauf hin, dass die Region heute besser vorbereitet sei, um sich einer Krise zu stellen. Nach Angaben des UN-Berichts wird bei einer Wachstumsprognose von 1,9 % für die nächsten Monate "immer noch ein relativ positiver Verlauf der Krise" im Vergleich zu anderen Regionen angenommen. Angesichts dieser Tatsache müssen die Regierungen das gesamte zur Verfügung stehende Potenzial an Konjunkturpolitik aufwenden, um einen größeren Schaden zu vermeiden.

Prognosen der Weltbank gehen davon aus, dass in Lateinamerika für 2009 ein Wachstum von ca. 1,9% bis 2,5% erwartet werden kann. Dies zeigt, dass die Region vor der schwersten Rezession seit 1983 steht. Aus diesem Grund sind die Länder in der Pflicht, Sozialprogramme umsetzen, mit denen sie den kommenden Problemen begegnen können, vor allem was die Beschäftigungspolitik betrifft. In diesem Zusammenhang muss leider festgestellt werden, dass derartige (Sozial-)Programme in den meisten Ländern wohl bestehen, jedoch auf Grund der mangelhaften Ausarbeitung überhaupt nicht oder nur fragmentartig implementiert werden können.

Alle Länder Lateinamerikas und der Karibik, ausgenommen Chile, werden ihre Notstandspläne über neue Schulden finanzieren müssen. Allein die Weltbank plant, 11 Milliarden Dollar für Darlehensprogramme in Lateinamerika zur Verfügung zu stellen.

Das politische Panorama in Lateinamerika hat sich nicht sehr ermutigend entwickelt. In der Tat sind auch weiterhin links-ideologische Strömungen in der Region aktiv, die in ihrem Hintergrund antimarktwirtschaftliche Tendenzen und somit staatswirtschaftliche Normen aufweisen. Diese sind sicherlich nicht dafür geeignet, der Weltwirtschaftskrise entgegen zu stehen.

## Chile

Chile erweist sich inmitten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als Hort der Stabilität. Die Börse in Santiago erlitt mit minus fünf Prozent im Jahr 2008 noch den geringsten Verlust unter den internationalen Aktienmärkten. Die Zinsen auf chilenische Anleihen sind am geringsten gestiegen im Vergleich zu allen anderen Schwellenländern.

Das Land profitiert in der Krise von seiner konsequenten antizyklischen Fiskalpolitik: Statt die hohen Einnahmen aus den Kupferexporten der vergangenen Jahre mehr oder weniger unkontrolliert auszugeben, hat die Regierung gespart und für schlechte Zeiten vorgesorgt. Mit 20 Milliarden Dollar ist der Kupfer-Stabilisierungsfonds gut gefüllt. Gleichzeitig hat die Regierung 2008 einen Haushaltsüberschuss von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftet. Außerdem ist der chilenische Staat mit einer Verschuldung von 4,4 Prozent des BIPs relativ schuldenfrei. Entsprechend schnell und problemlos können Regierung und Zentralbank der Wirtschaft Liquidität und Kredite anbieten, ohne gleichzeitig die Steuern anheben zu müssen und die Konjunktur damit zu belasten. Der Staatshaushalt 2009 sieht ein Ausgabenpaket in Höhe von vier Milliarden Dollar vor, um die Wirtschaft anzuregen.

Natürlich geht auch an Chile die weltweite Krise nicht spurlos vorbei: Die Wirtschaft des Landes wird im laufenden Jahr nach aktuellen Prognosen nur um 1,5 statt um 4,5 Prozent, wie vor der Krise erwartet, wachsen. Der Kupferverkauf macht mehr als fünfzig Prozent der gesamten Exporte aus. Aufgrund des globalen Rohstoffpreisverfalls, hat das rote Metall seit Juli 2008 seinen Wert von vier Dollar auf 1,60 Dollar pro Pfund mehr als halbiert. Die Arbeitslosenrate erreichte im ersten Quartal 2009 8,5% (2008 – 7,3%).

In Chiles Politik und Wirtschaft herrscht Konsens, dass sich nicht auf dem Erreichten ausruhen werden kann. Das Land muss einen neuen Entwicklungsschritt machen - von der Rohstoffwirtschaft zur Wissensgesellschaft. Aus diesem Konzept gehen natürlich für die deutsche Entwicklungspolitik neue Herausforderungen hervor.

Hartwig Meyer-Norbisrath,  
Jorge Sandrock  
Santiago de Chile

## **Kolumbien, Venezuela, Kuba**

Die Exporte der Entwicklungs- und Schwellenländer werden aufgrund der Rezession in den Industrieländern abnehmen. Am stärksten spürbar wird der Rückgang der Nachfrage aus den USA sein. All jene Länder, die von Exporten der bisher noch größten Wirtschaft der Welt abhängig sind, werden sehr stark betroffen sein.

Der Rückgang der Nachfrage bedingt einen Verfall der Rohstoffpreise und mithin einen Rückgang der Einnahmen der Rohstoffexporteure. Die bedeutendste Einnahmequelle Venezuelas ist die Erdölproduktion. Für Kuba stellt der Export von Nickel eine wichtige Einnahmequelle dar. Daher leiden momentan beide Länder sehr stark unter den gesunkenen Rohstoffpreisen. Dem Verfall der Rohstoffpreise liegt allerdings kein langfristiger Trend zugrunde. Laut Experten ist dieser ausschließlich krisenbedingt und wird sich bei Nachlassen der Krise wieder umkehren.

Neben dem Nickelexport zählt der Tourismus zu Kubas wichtigstem Wirtschaftsfaktor. Der Tourismussektor blieb bisher größtenteils von Einbußen verschont - generell rückläufige Zahlen, konnten durch einen sehr starken Anstieg der Anzahl an kanadischen Touristen kompensiert werden.

Aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise wird es insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern immer schwieriger werden, sich in ausreichendem Maße mit Krediten zu versorgen, was einen Rückgang der Investitionstätigkeit in den jeweiligen Ländern zur Folge haben wird. Zudem werden in den Entwicklungs- und Schwellenländern die ausländischen Direktinvestitionen abnehmen.

Die Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten (workers remittances) in ihre Heimatländer werden in erheblichem Maße abnehmen. Diese spielen für viele Entwicklungsländer eine herausragende Rolle; die remittances stellen nämlich einen beträchtlichen Nachfragefaktor dar. Die Geldimporte sind für die Grundversorgung vieler lateinamerikanischer Familien lebensnotwendig. Mit dem Geld können sie sich Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum und viele andere Dinge leisten, Dinge, die ihnen sonst zum Leben fehlen. Allein im vergangenen Jahr schickten Gastarbeiter aus der ganzen Welt 69 Milliarden US-Dollar an ihre Familien in Lateinamerika. Das meiste Geld kam aus den USA. In sieben lateinamerikanischen Ländern machen die Geldsendungen aus den USA mehr als 12% des Bruttoinlandsproduktes aus. Ein wirtschaftlicher Abschwung trifft die Arbeitsmigranten in der Regel am härtesten. Die Inter-American Development Bank prognostiziert deshalb in ihrer aktuellen Studie für das Jahr 2009 zum ersten Mal einen deutlichen Rückgang der Überweisungen. Während die Bank 2008 noch einen leichten Anstieg dokumentierte, war der Einbruch zu Beginn des neuen Jahres dramatisch. Guatemala verzeichnet einen Rückgang von 8%, Mexiko von 12% und Kolumbien sogar von 16%.

Fazit: In den lateinamerikanischen Ländern ist das Wirtschaftswachstum rückläufig. Die Krise schlägt auf die Einkommen durch, lässt die Arbeitslosigkeit steigen und verschlimmert die Armut erheblich. Weltbank und IWF befürchten, dass die meisten der acht sogenannten Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen als Folge der Krise nicht erreicht werden können.

Prof. Dr. Klaus Georg Binder  
Caracas

## Europäische Aspekte

### Ungarn

Ungarn war eines der ersten "Opfer" der globalen Finanzkrise. Als erster Mitgliedstaat der EU benötigte das Land im Herbst 2008 eine internationale Finanzhilfe in Höhe von 20 Milliarden Euro, obwohl die Banken in Ungarn, die überwiegend in ausländischem Besitz sind, keine "giftigen Kredite" vergeben hatten. Die Gründe für den wirtschaftlichen Absturz sind die folgenden:

- (a) eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die die zu finanzierenden Staatsaufgaben nicht mit der Belastbarkeit der wirtschaftlichen Leistungen seit ca. 2001 in Einklang bringen konnte,
- (b) die grenzenlose Kreditvergabe sowohl an Privatpersonen als auch an die öffentliche Hand und das auch noch in ausländischen Devisen (Euro und Schweizer Franken im besonderen),
- (c) die katastrophale monetäre und Wechselkurspolitik der Nationalbank seit 2002, die zum Verlust des zinspolitischen Spielraums in Ungarn führte und welche den Kreditmarkt eindeutig in Richtung von Fremdwährungskrediten umgelenkt hatte.

Die Verletzbarkeit der ungarischen Wirtschaft manifestiert sich in mehreren Bereichen:

- (a) finanziell durch die praktisch total fehlenden inländischen Ersparnisse
- (b) die weiterhin gegebene Auslandsfinanzierung des Haushaltsdefizits seit 1973<sup>2</sup>
- (c) die durch die rasche und praktisch unbegrenzte Liberalisierung erreichte Offenheit, die jahrelang einen positiven Beitrag zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit geleistet hat, sich jedoch zur Zeit der Krise als wirtschaftspolitischer Fehler erweist, wie dies auch der Fall in anderen MOE-Staaten ist.
- (d) die Dualität der Wirtschaft erhöht die Verletzbarkeit
- (e) die wichtigsten Pfeiler der exportorientierten Wirtschaft sind hochrangig verletzbar in der Krise (Kfz, Elektronik, Mobiltelefon, langlebige Haushaltsgeräte). Aber eben diese haben den technologischen Fortschritt (oder in manchen Fällen den Durchbruch) in den letzten Jahren ermöglicht, weit mehr als in allen anderen Ländern der Region.
- (f) Und bei weitem das wichtigste Merkmal: die mentale Verletzbarkeit (besser gesagt: Verletztheit) großer Teile der ungarischen Gesellschaft im 20. Jahr seit dem Systemwechsel.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird erweisen, wie widerstandsfähig die mikrostrukturellen und sozialen Grundlagen des MOE-Landes Ungarn sind. Die ausgeglichene Handelsbilanz, ein Jahr für Jahr steigender Überschuss mit der EU-15 und insbesondere mit den neuen EU-Mitgliedstaaten und eine zunehmende Orientierung nach externen EU-Märkten eben in den ersten Jahren der EU-Mitgliedschaft weist in Ungarn auf eine zunehmende (oder wenigstens

---

<sup>2</sup> Hier gab es jedoch in den letzten zwei Jahren im historischen und internationalen Vergleich eine enorme Verbesserung. Ungarn wird - mit wenigen anderen EU-Mitgliedsstaaten - das entsprechende Maastricht-Kriterium erfüllen.

nicht gebrochene) internationale Wettbewerbsfähigkeit hin. Wie groß die Reserven wirklich sind, auch im Vergleich zu anderen Ländern in der Region, bleibt abzuwarten.

Der IWF-Weltbank-EZB Kredit hat weiteren tiefgreifenden, teilweise schmerzhaften Reformen in Ungarn eine neue Chance gegeben. Ob sie erfolgreich durchgeführt werden können, hängt weniger von einer vernünftigen Wirtschaftspolitik der gerade ins Amt gekommenen sogenannten Expertenregierung unter Ministerpräsident Gordon Bajnai ab, als von einer der Realität begreifenden und trotz allem annehmenden Bevölkerung und der Gesellschaft insgesamt in Ungarn. Die Opposition im ungarischen Parlament FIDESZ/ KDNP aber auch MDF fordert vorgezogene Neuwahlen und gibt der Regierung keine Chance, bei dem zu erwartenden Widerstand der Bevölkerung gegen die jetzt verkündeten Sparmaßnahmen bis zum regulären Wahltermin im April 2010, durchzuhalten. Eine diesbezügliche Vorentscheidung könnte die drastische Wahlniederlage der Sozialisten bei der Europawahl bringen.

Hans-Friedrich von Solemacher  
Budapest

## **Die europäische Entwicklungspolitik im Zeichen der Wirtschaftskrise**

Die globale Finanzkrise bringt mehrere negative Folgen für die Entwicklungsländer, wie eine immense Verringerung der Kapitalströme oder ein Schrumpfen des Exportvolumens, mit sich.

Die G20-Staaten haben sich auf ihrem letzten Gipfel Anfang April in London explizit zur Einhaltung und Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) bis 2015 bekannt. Auch die EU, hier vor allem die Europäische Kommission, betont in diesem Zusammenhang insbesondere die Wichtigkeit der Initiative „Aid for Trade“, die nur eingebettet in ein effektives Kooperationsgeflecht mit den Vereinten Nationen (VN) und den internationalen Finanzinstitutionen fruchtbare Resultate hervorbringen kann.

Die EU hat in diesem Zusammenhang ein „grundsätzliches Hilfskonzept“ entwickelt, das jedoch Altes wiederholt und kaum Neues bringt. So wird die Erfüllung der Hilfszusagen von Monterrey, die ODA-Quote auf 0,7% des BIP bis 2015 zu erhöhen, von allen Institutionen der EU wiederholt unterstrichen. Es wird eine Neuausrichtung der Prioritäten proklamiert, ohne jedoch festzulegen, wie diese konkret aussehen soll. Zuletzt setzt die EU sich vage Ziele, wie eine bessere Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Aufrechterhaltung makroökonomischer Stabilität.

Konkrete Maßnahmen sind dagegen die rasche Auszahlung der auf zwei Milliarden Euro aufzustockenden „trade-related assistance“ – woher die Mittel allerdings genau kommen sollen, ist nicht abschließend geregelt.

Die einzigen Lösungsansätze scheinen in zeitlich vorgezogenen Mittelabflüssen und einem flexibler ausgerichteten Einsatz der Mittel zu liegen. Damit die am stärksten betroffenen Entwicklungsländer ihre Sozialausgaben nicht aufgeben müssen, wird die Europäische Kommission ein sogenanntes „Ad-hoc-FLEX-Finanzierungsinstrument“ noch in 2009 antizyklisch einsetzen. Die „Nahrungsmittelfazilität“ von 1 Mrd. € (Abfluss von 800 Mio. € in 2009) wurde bereits vor dem G-20 Gipfel verabschiedet; dies mehr als Reaktion auf die vor Ausbruch der Finanzkrise weltweit stark angestiegenen Lebensmittelpreise.

Die Europäische Kommission schlägt in ihrer Mitteilung vom 8. April 2009 Entwicklungshilfemodelle im Zusammenhang mit den Aufwirkungen der Finanzkrise vor. Dabei betrachtet das Papier die sozialen Auswirkungen der Krise und betont die Bereiche Gesundheit und Bildung. Wirtschaft und Beschäftigung sind ebenso wichtige Aktionsfelder. Dazu zählen allen

voran der Ausbau und der Erhalt der Infrastruktur. Dadurch werden zum einen Arbeitsplätze geschaffen, zum anderen kurbeln Verbesserungen in den Transportwegen die Gesamtwirtschaft an. In diesem Zusammenhang soll der „Infrastruktur-Treuhandfond EU-Afrika“ auf 500 Mio. Euro verdoppelt werden. Um die Effektivität der Maßnahmen zu garantieren, will die EU sogenannte „Projektkoordinatoren“ in Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen einsetzen. Im Mittelmeerraum sind noch nicht näher bezeichnete Maßnahmen mit Blick auf eine Süd-Süd-Integration geplant; dies insbesondere im Bereich der Verbesserung des Seeverkehrs und in der Nachhaltigkeit des Umweltschutzes. Die Landwirtschaft als konkrete Handelsbranche soll durch Investitionen in den Agrarsektor gefördert werden, was insbesondere Folgen der nun verschärften Nahrungsmittelkrise beheben soll. Weiterhin wird auch die Förderung ökologischer Wirtschaftsmodelle vorgeschlagen; der Aufbau dieser würde neue Arbeitsplätze schaffen. Die Krise stelle somit eine Chance dar, die Wirtschaft auf umweltfreundlichere Standards umzustellen. Daneben sollen der Handel und Privatinvestitionen stimuliert werden („Aid for trade“ Initiative; Exportkreditwesen).

Neben direkten Geldmitteln soll die EU auch inhaltliche Unterstützungsarbeit leisten, insbesondere im Bereich „good governance“ zur Erreichung von Zielen wie Transparenz, Informationsaustausch und fairem Steuerwettbewerb. Dabei ist insbesondere der Dialog zu fragilen Ländern zu intensivieren. Der Demokratieaufbau ist voranzutreiben sowie präventive Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Krisen sind zu implementieren. All dies soll günstige Rahmenbedingungen für eine prosperierende Wirtschaft schaffen.

Die Verknüpfung dieser Bereiche hat natürlich auch mit mehr Effizienz und Wirksamkeit der Entwicklungshilfe zu tun. Die Diskussion um die Verbesserung der EU-Entwicklungszusammenarbeit wird durch die Krise besonders brisant. Es gibt kein Extra-Geld mehr für Programme, die nicht wesentlich zur Zielerreichung (die 10 Millenniumsentwicklungsziele) beitragen können. Vor diesem Hintergrund sollte man sich jedoch genauso die mögliche „Nutzlosigkeit“ von direkter Budgethilfe vor Augen führen. Im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) strebt Kommissar Louis Michel eine Quote von weit über 50% der Mittel an, die über Budgethilfeverträge ausgegeben werden sollen.

Gerade im Kontext von Sub-Sahara Afrika fand durch das Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000 eine ganz wesentliche Komponente in die afrikanisch-europäische Zusammenarbeit Eingang: Gute Regierungsführung. Eine jüngst erschienene Studie der Bertelsmann Stiftung stellt „Indikatoren für eine nachhaltige Regierungsführung“ in den OECD Ländern auf. Wie kommen also diese Länder mit der Krise und den Auswirkungen der Globalisierung zurecht? Wie ist ihre Reform- und Anpassungsfähigkeit? Wie das Management und die Kapazitäten der Exekutive? Die Erkenntnis? Nicht so sehr wirtschaftliche Entwicklung, sondern gute Regierungsführung, im Rahmen einer soliden demokratischen Ordnung, ist die wahre Determinante für soziale Gerechtigkeit.<sup>3</sup> Was das mit Entwicklungspolitik zu tun hat? Wir sprechen hier von Demokratieförderung, und dass neben stabilen Märkten auch die Politik funktionieren muss. „Good Governance“ und „Democracy Promotion“ haben mit politischer Bildung und politisch denkenden, engagierten Menschen zu tun. Ohne „politische Gesellschaft“, ohne funktionstüchtige Parteien im Dienste der Demokratie und ohne Parlamente, die als Volksvertreter dieses „Management“ der Verwaltung auch tatsächlich kontrollieren können, gibt es weder nachhaltige Entwicklung, noch Armutsbekämpfung, noch eine erfolgreiche Abfederung der aktuellen oder einer künftigen „Krise“.

Wesentlich für die Zukunft wird auch eine wirkliche Verknüpfung von Handels- und Entwicklungspolitik sein. Gesucht ist eine weltweite Handelspolitik, die die Ziele der weltweiten EZ nicht weiter unterwandert. Im Kontext der EZ in Afrika ist vor allem die Wirkung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) entscheidend. Eine Anfang April tagende „AKP-EU Parlamentarische Versammlung“ rügte die WPAs für unzureichende Flexibilität und die negativen Auswirkungen auf regionalen Handel unter den AKP-Ländern selbst. Allerdings darf bei dieser Verknüpfung nicht auf den größeren Rahmen der WTO vergessen werden. Wirklich effektive

---

<sup>3</sup> Zitat Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Forschungszentrum für Sozialwissenschaften in Berlin.

Kooperation im Bereich Handel wird nur durch die Absage an protektionistische Maßnahmen und durch einen erleichterten Marktzugang für Schwellen- und Entwicklungsländer möglich sein.

Insgesamt sind die Bemühungen der EU als eher unkoordiniert zu bewerten; konkret unterscheidet sich die Entwicklungshilfe unwesentlich von in der Vergangenheit praktizierten Modellen. Selbst wenn der Trend steigender Zahlen in der Entwicklungshilfe bewahrt bleiben kann – die OECD berichtet für die EU-Länder in 2008 von einem Plus von 8%, fast 50 Mrd. € (0,4% des BIP) – wird ohne strategische Neuausrichtungen die extreme Armut in dieser Welt nicht nachhaltig bekämpft werden können. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise stellt eine entscheidende Herausforderung für die deutsche als auch europäische Entwicklungszusammenarbeit dar.

Dr. Mariella Franz  
Brüssel

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: BEKEL ULLA; FLOR, ALBRECHT; DR. KLINGSHIRN, ULRICH; SCHÄFER, PAUL G.; SCHÖNFISCH, KARL PETER; DR. BAUER, VOLKER; DR. MEIER, MAX GEORG; DR. KRUG, WOLFGANG; SEIBERLING, DANIEL; FRANK, ELMAR; HEINICKE, GÖTZ; MEYER-NORBISRATH, HARTWIG; SANDROCK, JORGE; PROF. DR. BINDER, KLAUS; VON SOLEMACHER, HANS-FRIEDRICH; DR. FRANZ, MARIELLA, HANNS BÜHLER

REDAKTION:

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

TEL.: +49 (0)89 1258-369 – FAX.:+49 (0)89 1258-359

E-MAIL: [hanns.buehler@hss.de](mailto:hanns.buehler@hss.de) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://www.hss.de)

ERSTELLT AM: 04.05.2009